

2386/J XX.GP

Anfrage

der Abg. Mag. Trattner, Ing. Meischberger und Kollegen  
an den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten  
betreffend unternehmerfeindliche Einflußnahme von seiten der  
Tiroler Wirtschaftskammer im Zusammenhang mit einer  
Gewerbebefähigung

Im Bundesland Tirol ist es offensichtlich immer noch an der  
Tagesordnung , daß hoffnungsvolle Jungunternehmer von ihrer  
zukünft igen Interessenvertretung, für die sie  
Zwangskammerbeiträge entrichten müssen, beim Antritt ihrer  
Gewerbeausübung etwa nicht unterstützt, sondern sogar behindert  
werden.

Das gängste Beispiel für die jungunternehmerfeindliche Tätigkeit  
der Tiroler Wirtschaftskammer vollzieht sich an Herrn Othmar  
Matt, Gründer eines Fotofachgeschäftes in der Tiroler  
Marktgemeinde Telfs. Nachdem Herr Matt nach anfänglichen  
Schwierigkeiten von der zuständigen Gewerbebehörde beim Amt der  
Tiroler Landesregierung auf der Grundlage eines umfassenden  
Ermittlungsverfahrens (Vorlage von Zeugnissen, Arbeits-  
bestätigungen usw. im November 1996 eine unbefristete Nachsicht  
zur Ausübung des Fotografengewerbes in Aussicht gestellt worden  
war, beanspruchte die Tiroler Wirtschaftskammer dies mit der  
Begründung, daß kein weiterer Bedarf für eine Ausübung einer  
solchen selbstständigen Tätigkeit in dieser Region gegeben sei .  
Aufgrund der Berufung gegen das Nachsichtverfahren in dem oben  
genannten Fall gem.§346 Abs. 4 Gewerbeordnung liegt die  
Entscheidung über das weitere Schicksal nun beim BMWA als  
zuständiger Oberbehörde .

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn  
Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten folgende  
Anfrage

- 1 . Ist Ihnen als ressortzuständiger Bundesminister der oben  
dargelegte Fall bekannt ?
- 2 . Wenn ja, haben Sie bereits eine Entscheidung getroffen ?
- 3 . Wie sieht diese Entscheidung im konkreten Fall aus ?

- 4 . Können Sie Auskunft darüber geben, wie oft die Tiroler Wirtschaftskammer in der laufenden Legislaturperiode einen Einspruch in Nachsichtverfahren eingebracht hat ?
  - 5 . Wie hat dabei Ihr Bundesministerium jeweils entschieden ?
  - 6 . Wie stellt sich die diesbezügliche Situation in den anderen Bundesländern dar ?
- .